

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Sozialausschusses vom 20.09.2022

Top 4 Jahresbericht 2021 der AWO-Sozialberatungsstelle Wedel MV/2022/075

Herr Müller stellt den Bericht vor.

Herr Dr. Bakan fragt nach, wo die aktuellen Schwierigkeiten liegen.

Herr Müller berichtet, dass die Arbeit insoweit schwierig ist, dass nicht alle Anliegen der Betroffenen vor dem Termin schon ersichtlich sind. In den letzten 2 Jahren wurden deutlich weniger Räumungsklagen beantragt. Nun ist allerdings ein Anstieg zu erkennen. Zudem werden die zu erwartenden steigenden Energiekosten zu einem weiteren Anstieg an Beratungsgesprächen führen.

Frau Keck möchte wissen, wann wieder mit dem Betrieb vor der Pandemie begonnen wird.

Herr Müller gibt an, dass grundsätzlich die Öffnung wie früher (Offene Sprechstunde) gewünscht ist, allerdings trägt für ein den Fall einer Kurzfristigen Öffnung mehr zur Verwirrung bei den Betroffenen bei.

Frau Palm führt dazu aus, dass die oberste Sicherheit die Mitarbeiter/innen haben. Solange die Pandemie nicht offiziell für beendet erklärt ist, werden die vorhandenen Maßnahmen bestehen bleiben.

In diesem Zuge möchte der Ausschuss wissen, wie es grundsätzlich im Rathaus durchgeführt wird.

Herr Waßmann informiert, dass sich im Rathaus eine Kombination aus der telefonischen und im Internet vereinbarten Termin bewährt hat. Die Frequenz liegt wieder wie vor der Pandemie.

Frau Jasker fragt nach, wie die Stelle von Frau Zinner nachbesetzt wurde.

Herr Oestermann gibt an, dass Frau Kuitert-Pletzer von der Beratungsstelle Freiwilligen Finanzverwaltung Schleswig-Holstein die Stunden übernommen hat.

Herr Bödding fragt nach, ob die Sozialberatungsstelle auch den Schülern bei der Beschaffung von Hardware weitergeholfen hat.

Herr Müller teilt mit, dass mehrere Anträge gestellt und diese auch bewilligt wurden.

Frau Blasius möchte wissen, ob es eine Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Wedel gibt bzw. ob eine für die Zukunft angedacht ist.

Herr Müller informiert, dass es keinen Austausch mit den Stadtwerken Wedel gibt. Dies ist Datenschutzrechtlich nicht zulässig. Die Informationen kommen über die Betroffenen. Anschließend werde den Betroffenen geholfen, z. Bsp. Einen Darlehnsantrag beim Jobcenter zu stellen.

Frau Blasius fragt nach, ob es den Hilfsfond „Wedeler in Not“ noch gibt.

Frau Palm gibt an, dass dieser noch existiert. Er wurde in den letzten Jahren allerdings kaum genutzt. Hierfür muss ein Antrag bei der freiwilligen Finanzverwaltung gestellt werden. Hierbei handelt es sich ebenfalls um ein Darlehn. Dieses ist für Betroffene möglich, die keine Mittel vom Jobcenter erhalten.

Frau Keck schlägt vor, durch die Verwaltung einen Flyer im Zuge einer Beratungsoffensive bezüglich der steigenden Energiekosten zu erstellen.

Herr Fresch gibt an, dass bei Land potenziell Mittel für den ansteigenden Beratungsbedarf eingeplant sein sollen.

Der Ausschuss bitte die Verwaltung, einen Flyer gemeinsam mit allen Beratungsstellen bezüglich Informationen für BürgerInnen in Bezug auf die steigenden Energiekosten zu erarbeiten.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.